

PKK-Verbot in Deutschland und Erdogans Berlin Besuch

„kleiner Pressespiegel“ aus Beiträgen, die selten die breite Öffentlichkeit erreichen:

Tagesspiegel 24.11.2023

Nach Erdogans Berlin-Besuch: Unterstützer fordern Legalisierung der kurdischen PKK

Von Hannes Heine

... Belgiens oberstes Gericht entschied im Jahr 2020 dennoch, die PKK sei keine Terrororganisation, sondern eine Konfliktpartei im Sinne des Völkerrechts. In Deutschland liegt ein Antrag, das PKK-Verbot aufzuheben, Innenministerin Nancy Faeser (SPD) vor.



... Hierzulande erschien zum 30. Jahrestag des PKK-Verbots unter anderem das Buch „Geflohen. Verboten. Ausgeschlossen – wie die kurdische Diaspora in Deutschland mundtot gemacht wird“. Hunderttausende Kurden lebten in der Bundesrepublik, so die Autoren, das staatliche Vorgehen gegen die Aktivisten unter ihnen erhalte aber nur wenig Aufmerksamkeit.

... Die Vereine türkischer Rechtsradikaler, der sogenannten Grauen Wölfe, sind in Deutschland legal.

<https://www.tagesspiegel.de/internationales/nach-erdogans-berlin-besuch-unterstutzer-fordern-legalisierung-der-kurdischen-pkk-10807645.html>

Presse Portal 23.11.2023 - 30 Jahre PKK-Verbot (27.11.): Ein Instrument, um Solidarität zu kriminalisieren

„... die jetzige Bundesregierung steht fest an der Seite des türkischen Staates und zeigt immer wieder Verständnis für dessen Gewalt gegen Kurden in der Türkei sowie für die völkerrechtswidrigen Kriege in Nordsyrien und die Angriffe auf den Nordirak. Die deutsche Öffentlichkeit darf nicht zulassen, dass das PKK-Verbot instrumentalisiert wird, um die Solidarität mit der kurdischen Bevölkerung gegen den Tyrannen Erdogan und die Islamisten zu kriminalisieren“, erklärte der GfbV (*Gesellschaft für bedrohte Völker*)-Nahostreferent Dr. Kamal Sido heute in Göttingen.

Aufgrund des PKK-Verbots kann jeder Kurde in Deutschland vor Gericht gestellt werden. Auch die Behinderung humanitärer Hilfe für die vom IS und der Türkei angegriffenen Kurden in Nordsyrien wird mit dem PKK-Verbot begründet.

Bei aller Kritik an der Politik der PKK: Die Angriffe auf die PKK schwächen die Kurden und andere Minderheiten insgesamt und stärken den IS und andere Islamisten, die von Erdogan geduldet oder unterstützt werden. Vor diesem Hintergrund hat die GfbV immer wieder an beide Seiten, die Türkei und die PKK, appelliert, die Waffen schweigen zu lassen, die Gewalt zu beenden und unter internationaler Vermittlung eine friedliche Lösung der kurdischen Frage anzustreben. <https://www.presseportal.de/pm/29402/5655864>

Berliner Zeitung 18.11.2023 - Berlin: Über 4000 Teilnehmer bei Kurden-Demonstration am Samstag

Zu dem Protest rief im Vorfeld unter anderem der Verband der Kurdinnen in Deutschland (YJK-E) auf. Der Frauenverband fordert auch die Unterstützung der deutschen Bundesregierung. Demnach soll eine politische Lösung für die Situation gefunden werden.

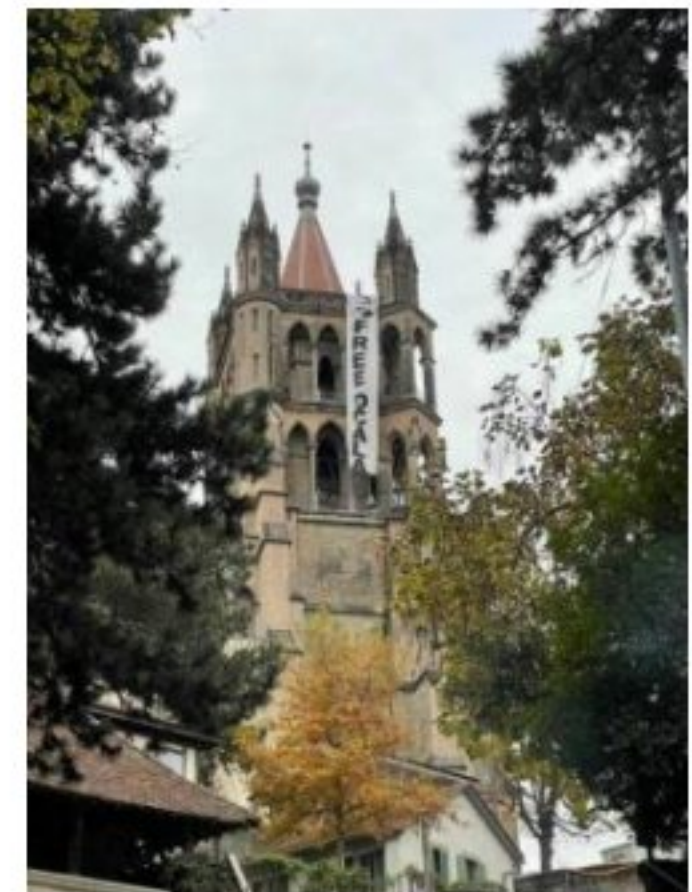
„... Die Verbotsentscheidung, die in Deutschland vor dreißig Jahren getroffen wurde, zu einer Zeit, in der Menschen in der Türkei und Kurdistan aufgrund von extralegalen Hinrichtungen, Folter und Dorfzerstörungen zur Migration gezwungen waren, hat wieder einmal gezeigt, wie Demokratie, freies Denken und Menschenrechte mit Füßen getreten werden, wenn es um das kurdische Volk geht. In unserem seit fünfzig Jahren andauernden Existenzkampf wurde zu jeder Zeit eine Politik der

Kolonisierung, der Assimilierung, der Massaker und des Krieges betrieben“, heißt es in einer Erklärung des Verbands. <https://www.berliner-zeitung.de/news/berlin-grosse-kurden-demonstration-gegen-erdogan-am-samstag-li.2160064>

nd 17.11.2023 - Staatsbesuch in Deutschland: Erdogans Trümpfe

von Cyrus Salimi-Asl

Recep Tayyip Erdogans Steckbrief seiner Missetaten ist lang: Unterdrückung der Kurden in der Türkei, Bombardements auf die Kurden in Syrien und Irak, willkürliche Anschuldigungen und Verhaftungen Oppositioneller, Missachtung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, massive Einschränkung der Pressefreiheit, Wer also sollte ihn zu Besuch einladen?



Die Türkei spielt für die EU den Grenzpolizisten und bekommt für den Job viel Geld aus Brüssel. Gut für beide Seiten: Deutschland will den Deal erneuern. Schlecht für die Schutzsuchenden, die in der Türkei festsitzen und Ausländerfeindlichkeit ausgesetzt sind.

So geht Realpolitik. Wen kümmern Menschenrechte, wenn es um große Dinge geht? Darin sind sich Bundesregierung und christliche Opposition weitgehend einig. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1177853.tuerkei-staatsbesuch-in-deutschland-erdo%C4%9Fans-truempfe.html>

junge Welt 17.11.2023 - »Es ist ein Fehler, Erdoğan zu umwerben«

Ein Gespräch mit Heike Geisweid

jungewelt: Frauenbefreiung war vom PKK-Mitbegründer Abdullah Öcalan und den drei im Januar 2013 in Paris ermordeten Aktivistinnen Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez inspiriert. Wie passt die propagierte feministische Außenpolitik der Ministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) zum Festhalten am PKK-Verbot?

Geisweid: Gar nicht. Würde die Ministerin diese Werte ernst nehmen, müsste sie die gesellschaftlichen Ansätze für Frauenbefreiung, Ökologie, Basisdemokratie und Friedenspolitik in Rojava in Nordsyrien unterstützen. All das wird dort gelebt. Es ist ein Fehler, deren Widersacher Erdoğan wegen geostrategischer und ökonomischer Interessen zu umwerben. In Hinterzimmern kritisch zu murren, hilft nicht. Es gilt, ihm Einhalt zu gebieten. Sie müsste in der Ampelregierung auf die Aufhebung des PKK- Verbots hinwirken. <https://www.jungewelt.de/artikel/463322.repression-gegen-kurden-es-ist-ein-fehler-erdo%C4%9Fan-zu-umwerben.html>

Mehr Infos: www.kurdischesvolkshaus-ac.de E-Mail: kurdeaachen@yahoo.de

